

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

Titel: Sicherheit für alle

Antragstext

1 Es ist Montagnachmittag am 8. August 2022. Ein minderjähriger Jugendlicher sitzt
2 mit Suizidabsichten im Innenhof seiner Wohngruppe. Nachdem Betreuer*innen ihn
3 nicht beruhigen konnten, handelten sie nach ihren Anweisungen: Sie rufen die
4 Polizei. Die Dortmunder Beamt*innen kommen zu zwölf, ihre primären Werkzeuge
5 sind Pfefferspray und Taser, auch die Schusswaffe kommt zum Einsatz, obwohl der
6 Jugendliche in erster Linie nur sich selbst gefährdet hat. Nach drei Minuten ist
7 alles vorbei, und ein Jugendlicher wurde von der Polizei erschossen. Die
8 Ermittlungsarbeiten ergeben, dass wahrscheinlich absolut unverhältnismäßig
9 gehandelt wurde.

10 Klar ist, dass das kein Einzelfall war. Immer wieder sehen wir, dass gerade
11 migrantisierte Menschen und Personen in psychischen Ausnahmesituationen von der
12 Polizei oft keine Hilfe erwarten können. Die Frage nach dem "Warum?" solcher
13 Taten lässt sich zurückführen auf zwei wesentliche Erkenntnisse, denen dringend
14 politisch organisatorische Maßnahmen folgen müssen:

15 Wir müssen zum einen erkennen, dass Polizeibeamt*innen bei psychischen
16 Ausnahmesituationen und Notlagen nicht die richtigen Ansprechpartner*innen sein
17 können. Außerdem müssen wir feststellen, dass die Polizei in NRW ein Problem mit
18 Rassismus und extrem rechten Tendenzen in den eigenen Reihen hat.

19 Die Landesregierung und das CDU-Innenministerium sind gefordert, die notwendigen
20 Schritte zur Bekämpfung längst bekannter und bedrohlicher Fehlentwicklungen in
21 ihrer Behörde jetzt zu gehen, damit sich der Fall Dortmund, genauso wie die
22 Fälle Recklinghausen, Frankfurt, Köln und viele mehr, nicht wiederholen!

23 **Aufklärung statt Aufrüstung**

24 Über Jahre hinweg wurde die Polizei aufgerüstet. Seit Mitte 2018 gehören zwei
25 Maschinenpistolen mit zur Grundausrüstung eines Funkstreifenwagens. Der Gebrauch
26 von Tasern wurde sukzessive erweitert, die Auswertung der Testphase findet erst
27 2024 statt. Befürworter argumentieren, es reiche die Drohung, jene Waffen
28 einzusetzen, um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Das Gegenteil beweist sich
29 allzu häufig, wodurch das "mildere Mittel" nur zu einer weiteren Eskalation
30 führt.

31 Außerdem ist die Gefahr der Todesfolge bei einer Taser-Nutzung hoch, z.B. bei
32 Menschen mit Herzerkrankungen, anderen Vorerkrankungen oder in psychischen
33 Ausnahmesituationen. Daher fordern wir:

34 • Gezielte Abrüstungspolitik: Pfefferspray, Taser, Maschinenpistolen u.a. lösen
35 keine Probleme, sie schaffen welche!

36 • Sofortiges Ende des Pilotprojekts zum Tasereinsatz,

37 • Die Arbeit in multiprofessionellen Teams: Sozialarbeiter*innen,
38 Psycholog*innen u.a. können in vielen Situationen weitaus besser interagieren
39 und zur Deeskalation beitragen!

40 • Eine regelmäßige Evaluation der Einsatzmittel: Ohne Datengrundlage keine
41 Aussage über die Wirksamkeit eingesetzter Mittel. Klar ist auch, dass diese
42 Evaluationen in der Folge auch Konsequenzen haben müssen.

43 **Wer kontrolliert hier wen? Unabhängige Kontrolle ausbauen!**

44 Polizeigewalt kennt viele Facetten und wird ganz wesentlich durch fehlende
45 unabhängige Kontrollmechanismen begünstigt. Aufgrund nicht bzw. kaum existenter
46 Beschwerdestellen müssen Opfer häufig mit den entstandenen Schmerzen und
47 Traumata weiterleben, ohne dass die erlebten Handlungen folgen haben.
48 Polizeigewalt, die insbesondere migrantisierte Menschen trifft, darf nicht
49 weiter folgenlos bleiben. Zur wirksamen Bekämpfung fordern wir daher:

50 • Die konsequente Verfolgung von Polizeigewalt und rechten Netzwerken: Die
51 Entstehung und Verbreitung menschenverachtenden Gedankenguts darf nicht länger
52 mit der Einzelfall-Ausrede hingenommen werden.

53 • Eine unabhängige Ermittlungsstelle zur Verfolgung jedweden Fehlverhaltens: Nur

54 mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen einer unabhängigen Stelle kann Hinweisen
55 unbefangen nachgegangen werden. Hier muss sich auch der Bund bewegen und die
56 Strafprozessordnung entsprechend anpassen. Der Druck dazu muss auch von der
57 Landesregierung in NRW kommen!

58 • Bis zur Anpassung der Bundesgesetzgebung müssen Staatsanwaltschaft und
59 Polizeipräsidium mit größtmöglicher räumlicher und personeller Distanz zur
60 betreffenden Polizeidienststelle Ermittlungen führen. Dabei muss der Grundsatz
61 der zufallsbedingten Verteilung ohne Ausnahme gelten!

62 • Gleichzeitige Stärkung der parlamentarischen Kontrollen und Unterstützung bei
63 der Schaffung kommunaler Antidiskriminierungsstellen

64 • Kritische Polizeiforschung und Datenanalyse: Nur mit systematischer
65 wissenschaftlicher Grundlage können Instrumente gegen Rassismus und rechte
66 Netzwerke innerhalb der Polizei sinnvoll eingesetzt werden. Dazu gehören vor
67 allem Studien zu Rassismus und anderen Diskriminierungsformen mit
68 intersektionalen Ansatz.

69 **Wenn die Polizei kommt, ist es schon zu spät**

70 Je mehr sich der politische Fokus dahingehend verschiebt, die Polizei als
71 alleinige Problemlöserin zu sehen, desto weniger werden etwaige Gründe für
72 vermeintliches Fehlverhalten in den Blick genommen. Zu häufig werden Menschen
73 kriminalisiert, die unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Realitäten leiden und
74 denen gezielte sozialpolitische Maßnahmen weitaus besser helfen würden, als eine
75 entgegengestreckte Waffe. Eine wirksame Bekämpfung von Armut muss daher für uns
76 immer oberste Priorität haben. Denn viele Straftaten werden nur begangen, weil
77 sich Menschen den Lebensunterhalt anders nicht leisten können. Dieses Problem
78 müssen wir systemisch angehen. Wir fordern:

79 • Armut darf nicht länger kriminalisiert werden: Straffreiheit für Fahren ohne
80 Ticket und vergleichbare Bagatelldelikte

81 • Mehr Geld für Stadtteilarbeit: Streetworker*innen können mit ihrer Arbeit vor
82 Ort weitaus mehr erreichen als ein Streifenwagen, der durch die Straße fährt.

83 • Umwidmung von Polizeigeldern für die gezielte Anstellung von
84 Sozialarbeiter*innen und Förderung kommunaler Antidiskriminierungsprojekte

85 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich niemand aufgrund des eigenen

86 Namens oder des Aussehens fürchten muss. Außerdem haben alle Menschen die Hilfe
87 verdient, die sie benötigen. Die Polizei zeigt zu häufig, dass sie nicht „Freund
88 und Helfer“ ist, sondern mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung und
89 Machtverhältnisse betraut ist.

90 Als GRÜNE JUGEND NRW benennen wir den dringenden Handlungsbedarf klar. Wir
91 kämpfen gegen rassistische Strukturen und für bessere Lebensverhältnisse, die
92 alle Menschen mitdenken. Mit nichts weniger werden wir uns zufriedengeben!

Begründung

erfolgt mündlich